Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Pränumerationsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Wochentags Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klotzsche. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (etwa 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine oder nach Feiertagen 20 Pfg. Einem Strich (Zeile) folgende 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen Annoncen-Bureaus sämmtlicher Vermittelungsstellen an, für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Confirmanden-Anzüge von 15 M. an
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Erstes Tapeten-Spezial-Geschäft Dresdens
F. Schaade & Co.
Victoriastrasse 2.
Fernsprecher Amt I, Nr. 488.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Neuheiten garnirter Damenhüte.
Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Wien, Paris.

Dresden, Seestrasse 5. Berlin. Breslau. Hamburg. Leipzig. München.
Billig, reell, sorgfältig, schnell. Ankauf v. Erfindungen.
Dr. J. Schanz & Co.
Patente

F. B. Müller
Dresden, 2 Mathildenstr. 2 (Grunaerstrasse)
Grösstes Lager von Neuheiten
95er Orig. „Humber" Fahrräder.

C. Heinrich Barthel Putz- und Modewaarenhaus Waisenhausstrasse 30 Fernsprecher III, 3390. Eigene Strohhutfabrik. Neueste Modelle.

Nr. 80. Spiegel: Wirrnisse in Spanien. Gerichtsverhandlungen. Hofnachrichten. „Wer hilft dem Handwerk?", Dresdner Kunstgenossenschaft, „Götterdämmerung", Philharmonisches Concert, Akademische Kunstausstellung. | Vermuthliche Witterung: Rauh, windig, naß. **Donnerstag, 21. März.**

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

zweite Vierteljahr 1895

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Nachlieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Ernste Schwierigkeiten voll gefährlichen Konfliktstoffes haben sich in dem hartgeprüften Spanien wieder dermaßen angehäuft, daß die Militärdiktatur der einzige Ausweg zur Rettung der bestehenden Ordnung erscheint. Die schmerzvolle Trauer, in die das Land soeben durch den herben Verlust eines Kriegsschiffes mit einem halben Tausend hoffnungsvoller Menschenleben versetzt worden ist, hat den inneren Parteihader nicht einen Augenblick verstummen lassen. Während die Niederwerfung des bedrohlichen Aufstandes auf der großen Antillen-Insel Cuba, der letzten werthvollen überseeischen Besitzung Spaniens, die vollständige Einigkeit im Mutterlande gebieterisch fordert, bricht in der Hauptstadt eine Offiziersrevolte aus und bringt in ihren Folgen das Ministerium über Nacht zum Sturze. Zu keiner Zeit war eine Kabinetskrisis bedenklicher als in der gegenwärtigen Lage, wo die äußeren und inneren Wirrnisse noch durch den kritischen Konflikt verschärft werden, der mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika wegen der angeblichen Beschießung eines amerikanischen Schiffes durch einen spanischen Kreuzer entstanden ist. Von seiner ehemaligen weltgebietenden Machtstellung ist das stolze Spanien von Jahrhundert zu Jahrhundert immer tiefer herabgesunken. Das „schöne Land des Weins und der Gesänge", wie es der Dichter preist, ist seit lange zu dem Lande innerer Zerrissenheit und politischer Ohnmacht, der Parteikämpfe und der Finanznöthe, der Volksaufstände und der periodischen Anarchie geworden. Während eines Vierteljahrhunderts ist Spanien aus dem Zustande der Aufregung und Gährung nicht mehr herausgekommen. Seit dem Sturze des Regiments der Weiber und der Günstlinge im September 1868 haben es die Spanier abwechselnd mit der Republik und mit der Monarchie versucht, ohne zu dem ersehnten inneren Frieden gelangen zu können. Eine fast endlose Reihe von Ministerwechseln hat alle Parteien, mit Ausnahme der extremen Rechten und Linken, auf längere oder kürzere Zeit an's Ruder gebracht, ohne daß in dem öffentlichen Leben des so schwer heimgesuchten Landes eine wesentliche Besserung eingetreten wäre. Die beste Aussicht, einen Ausgang aus dem Labyrinth der innerpolitischen Kämpfe zu finden, bot noch zu Anfang der achtziger Jahre die Persönlichkeit des jungen Königs Alfons XII., der staatsmännische Einsicht und zielbewußte Thätigkeit mit menschlichem Edelsinn vereinigte. Alfons XII. erstrebte im Innern die Versöhnung der monarchisch gesinnten Parteien auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie und in der auswärtigen Politik die Wiederherstellung des Ansehens und Einflusses Spaniens in Europa. Aber ein unheilvolles Geschick raffte den begabten Fürsten vorzeitig dahin, bevor ihm die Lösung dieser schwierigen Aufgaben gelingen konnte. Das verwaiste Land kam unter die Regentschaft einer Frau, die, beseelt von dem einzigen Streben, den Thron ihrem Kinde, dem König Alfons XIII., zu erhalten, die ungezügelte Leitung der Regierungsgeschäfte den verschiedenen engherzigen Parteiführern überlassen mußte, ohne auch nur das leiseste Wort darein reden zu dürfen, um nicht die Dynastie selbst in Gefahr zu bringen. Hierzu kommt daß in Spanien wie in manchen anderen stammverwandten Ländern der Staatsbankerott einem Damoklesschwerte gleich beständig über den Häuptern der Regierenden schwebt. Spanien ist gegenwärtig eins der ärmsten Länder Europas, arm an Kapital, arm an Unternehmungsgeist, Erwerbsgelegenheit und Arbeitsfreudigkeit, mit Schulden überlastet und dabei von der Fäulniß politischer Sittenverderbniß angefressen. Fast unüberwindlich erscheinen die Hindernisse, die sich dem Ziele spanischer Patrioten entgegenstellen, ihr Vaterland wieder innerlich aufzurichten und zu einer angesehenen internationalen Machtstellung emporzuheben.

Bei diesen fast trostlosen Verhältnissen darf man sich nicht über die Vorgänge wundern, die sich soeben in der spanischen Hauptstadt abgespielt haben. In dem klassischen Lande der militärischen Putsche und Pronunciamentos sind die Ausschreitungen, die zu der Kabinetskrisis geführt haben, kein außergewöhnliches Ereigniß. Bei uns und in anderen konstitutionellen Staaten ist es einfach undenkbar, daß sich Hunderte von Offizieren der hauptstädtischen Garnison wiederholt zusammenrotten, um nacheinander derartige Akte der Lynchjustiz auszuüben, wie sie in den letzten Tagen in den Redaktionen mehrerer Madrider Blätter stattgefunden haben. Aehnliche Exzesse haben kürzlich in Athen Aufsehen erregt; aber hier wurden die schuldigen Offiziere sofort auf das Schärfste gemaßregelt, während in Madrid die Meinungsverschiedenheiten, die sich innerhalb der Regierung über das gewaltthätige Vorgehen der Offiziere gegen die mißliebigen Journalisten erhoben, den Sturz des ganzen Kabinets herbeiführten. Die Veranlassung zu der Regierungskrisis dürfte das Verhalten des Kriegsministers geboten haben, der die Partei der Offiziere ergriffen zu haben scheint. Die gesammte Madrider Presse drohte mit einem allgemeinen Streik, während der Kriegsminister forderte, daß Beleidigungen der Armee durch Zeitungsartikel, künftig nicht vor den Geschworenen, sondern vor den Kriegsgerichten verhandelt werden sollten. Gewiß verdienen hämische Angriffe einer demagogischen Presse auf die Ehre der Armee und besonders des Offizierkorps, wie sie ja leider auch bei uns in freisinnigen und sozialdemokratischen Blättern beliebt sind, die allerschärfste Mißbilligung und Bestrafung; aber wie arge Zustände müssen in Spanien herrschen, wenn Hunderte von Offizieren sich genöthigt sehen, von vornherein auf eine Bestrafung der ihnen angethanen Beleidigung durch die ordentlichen Gerichte zu verzichten und sofort den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten, und wenn ferner der Kriegsminister die Ehre des Heeres nur dadurch wirksam schützen zu können glaubt, daß die Presse unter Kriegsrecht gestellt wird!

Die kritische Situation wird durch den Stand der cubanischen Frage und den damit zusammenhängenden Streitfall mit den Vereinigten Staaten wesentlich erhöht. In unseren Tagen, da die Irländer, die Norweger, die Czechen und Andere nach Homerule schreien, ruft auch Cuba, die tabakberühmte Insel, nach Selbstständigkeit. Seit Jahrzehnten sind die Bewohner der Insel bestrebt, sich von dem Mutterlande loszulösen oder doch wenigstens ein Verhältniß zu demselben zu erlangen, wie es etwa Canada und Australien zu England besitzen. Das Maß von Selbstverwaltung und Freiheit, das die Madrider Regierung in Folge der unaufhörlichen Verschwörungen und Aufstände den Cubanern in den letzten Jahren gewährte, hat deren Unabhängigkeitsgelüste keineswegs zum Stillschweigen gebracht; vielmehr ist die Unzufriedenheit mit dem spanischen Regiment auf der Perle der Antillen derartig gewachsen, daß der jetzige Aufstand von den Spaniern nur noch mit dem Aufgebot aller Kräfte unterdrückt werden kann. Mit den Cubanern allein würde Spanien wohl noch fertig werden; aber die Gefahr besteht darin, daß hinter den Aufständischen die Nord-Amerikaner stecken, welche schon längst die Einverleibung der Insel in die große Union erstreben. Wiederholt hat die nordamerikanische Regierung den Spaniern den Ankauf der Insel angeboten. Aber diese haben sich bisher mit allen Mitteln dagegen gesträubt, auch den letzten, immerhin noch werthvollen Rest ihres einstmals so gewaltigen amerikanischen Kolonialbesitzes aufzugeben. 1889 rief der spanische Ministerpräsident Sagasta, als wiederum von Washington aus der Verkauf der Insel angeregt worden war, im Senat von Madrid stolz aus: In der ganzen Welt sei nicht Geld genug vorhanden, um Spanien die Insel abzukaufen; und als einige Monate später in den Cortes ein Republikaner die Gewährung einer selbstständigen Verfassung an Cuba befürwortete, erklärte Sagasta, daß Spanien eher sein letztes Geldstück ausgeben und seinen letzten Blutstropfen vergießen würde, als auf den Besitz Cubas verzichten. Daß der gegenwärtige Aufstand von den Nordamerikanern auf das Eifrigste gefördert wird, unterliegt keinem Zweifel, und vielleicht kommt der Streitfall wegen der Beschießung eines nordamerikanischen Schiffes in den cubanischen Gewässern der Regierung von Washington gar nicht so ungelegen. Bietet sich doch hier ein bequemer Anlaß zu weiterer Durchführung der Monroe-Doktrin.

Mehr denn je thut es somit noth, daß eine starke Hand das spanische Staatsruder ergreift. Die einzige Persönlichkeit, die geeignet erscheint, die Ruhe im Innern wiederherzustellen und den Aufstand in Cuba niederzuwerfen, ist der Marschall Martinez Campos, der Wiederhersteller der gegenwärtigen Monarchie, der seinem Vaterland vor Kurzem in der Beilegung der marokkanischen Streitfrage hervorragende Dienste geleistet hat. Er hat wiederholt bewiesen, daß er Thatkraft genug besitzt, um sich mit der Gewalt der Waffen und durch rücksichtslose Energie zum Herrn der Situation zu machen. Vor Allem ist er der Liebling der Armee, die geneigt ist, seinem Willen sich blindlings unterzuordnen. Thatsächlich hat man auch in Madrid die Zuflucht zum Marschall Campos genommen. Er ist zum General-Kapitän von Madrid ernannt worden und beabsichtigt allem Anscheine nach durch eine Art militärischer Diktatur Ordnung zu schaffen. Daß er vor außerordentlichen Maßnahmen nicht zurückschreckt und zugleich bedacht ist, die erforderliche militärische Mannszucht aufrecht zu erhalten, darauf läßt die entschiedene Erklärung schließen, die er soeben den höheren Offizieren der Madrider Garnison gegeben hat: er versicherte, daß alle Blätter, welche Artikel gegen die Armee veröffentlichten, vor dem Kriegsgericht verfolgt werden würden, und er fügte gleichzeitig hinzu, daß er mit unerbittlicher Strenge auf die Einhaltung der Disziplin in der Armee sehen werde.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20. März.

Berlin. Reichstag. Eingegangen ist die Novelle zum Branntweinsteuergesetz. — Auf der Tagesordnung steht zunächst die 2. Berathung der Vorlage, betreffend die Berufs- und Gewerbezählung für 1895. — Abg. Lenzmann (freis. Vp.) findet die für die Zählung gewählte Zeit im Sommer ungeeignet, da im Sommer die Industrie weniger beschäftigt sei, während es in der Landwirthschaft sehr viel zu thun gebe; im Juni könne man ein vollständiges Bild von dem Umfange der Arbeitslosigkeit nicht gewinnen. Er bitte, bei der Volkszählung im Dezember auch die Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. — Unterstaatssekretär v. Rottenburg erwiedert: Letzteres sei allerdings in Aussicht genommen. Um ein wirklich zutreffendes Bild von der Arbeitslosigkeit zu erlangen, müßte man monatliche Aufstellungen vornehmen, wie etwa in England, dazu fehlten uns aber die Organe. Die letzte Berufszählung habe gleichfalls im Juni stattgefunden. — Die Vorlage wird unverändert angenommen. Dann wird die Berathung des Kolonial-Etats bei dem Etat für Kamerun fortgesetzt. Es wird hier ein Reichszuschuß von 600,000 Mark gefordert, während das Schutzgebiet bisher auf seine eigenen Einnahmen angewiesen war. Die Kommission beantragt Bewilligung. — Direktor Kayser erwidert auf eine Anfrage des Abg. Bebel: Assessor Weblau war zwar in Kamerun in der Eigenschaft als Reichsbeamter, dadurch hat er aber seine Eigenschaft als preußischer Beamter noch nicht verloren, die Akten über ihn sind daher an den preußischen Justizminister gegangen, von welchem sie noch nicht zurück sind. Wenn Sie bedenken, wie der Fall Leist im Auswärtigen Amte behandelt worden ist, so werden Sie sich wohl denken können, daß auch im Falle Weblau das Nothwendige geschehen wird. Auf eine Anregung des Abg. Dr. Hammacher bestätigt Direktor Kayser, daß die Kolonial-Verwaltung der Frage statistischer Erhebungen über Tropen-Hygiene ihre Aufmerksamkeit zuwende. In Kamerun sei bereits ein Laboratorium mit einer medizinischen Autorität an der Spitze errichtet worden, in Bagamoyo soll ein Gleiches geschehen. Zur Bearbeitung und Prüfung der dort zu gewinnenden Ergebnisse werde es einer Centralstelle bedürfen, wegen deren Beschaffung er bereits mit dem preußischen Staatsministerium in Verbindung getreten sei. — Die Etats für Kamerun und Togo werden genehmigt. Bei dem Etat für Südwest-Afrika ist der Reichszuschuß von 1 Million im Vorjahre auf 1,737,000 Mark erhöht. — Abg. Graf Arnim (Reichsp.): Für diese Kolonie seien bisher zu wenig Mittel aufgewendet und sie damit in ihrer Entwickelung aufgehalten worden. Namentlich bedürfe es größerer Aufwendungen für den Wegebau. Nöthig vor Allem sei ein energisches Einschreiten gegen die englischen Gesellschaften, welche unsere Gegner dort mit Waffen und Munition versorgt haben. Sehr zu bedauern sei auch, daß gerade der fruchtbarste Theil der Kolonien an eine englische Gesellschaft abgegeben sei, die natürlich auch Engländer in's Land zu ziehen suche. Hier haben wir ein gutes Gebiet mit guten Aussichten für deutsche Ansiedler durch dieses Abkommen verloren. Möge die Regierung ein wachsames Auge darauf haben, daß die Engländer in dem an sie verkauften Gebiet nicht etwa die Parität zum Nachtheile der Deutschen verletzen. — Direktor Kayser: 1890/91 waren die Zeiten für West-Afrika so ungünstig, daß man dieses Gebiet selbst in England für ziemlich werthlos hielt, deutsches Kapital war damals für die Kolonien nicht zu haben, man konnte es daher nur mit Freuden begrüßen, daß die englische „South-West-Company" das Vertrauen zu diesem Gebiete wieder heben half, indem sie sich durch Kauf von Land daran betheiligte. Es ist dies nicht geschehen, ohne daß wir uns sicherten. Die Company hat sich verpflichtet, keine größeren Maßnahmen zu treffen, ohne sich mit der kaiserlichen Regierung in's Einvernehmen zu setzen. Die Tarascoma-Bergbau-Gesellschaft ist zu einer ganz außerordentlichen Einschränkung ihrer Gerechtsamen bewogen worden. Die Besorgniß, die South-West-Company könne den Deutschen irgendwelche Schwierigkeiten machen, etwa den Durchzug verhindern und dergl. ist nicht berechtigt. Auch sind gerade die Stämme in dem Bereiche des South-West-Syndikats während der Kämpfe mit Hendrik Witboy treu geblieben. Der Vertrag mit dem South-West-Syndikat ist seinerzeit dem Kolonialrath vorgelegt worden. Dieser hat keinen Widerspruch erhoben. — Abg. Bebel (Soz.): Von Süd-West-Afrika haben wir nichts zu erwarten, auch wenn wir noch so große Aufwendungen dafür machen; es liegt das mit an dem sehr breiten Sandgürtel, der die Kolonie von der Küste trennt. Die Niederwerfung Witboy's hat nicht viel auf sich. Wenn an der einen Ecke des großen Gebietes der Aufstand niedergeworfen ist, kann er sehr bald an einer anderen wieder ausbrechen. Ein Ansiedler, der dort Aussicht auf Erfolg haben will, muß mindestens 40- bis 50,000 Mark besitzen und über Tausende von Hektaren verfügen. Dazu kommt Mangel an Futter und geeignetem Wasser. Wunderbar genug ist, daß gerade eine Partei Alles daran setzt, diese Kolonie zu erhalten und zu heben, welcher es doch wenig angenehm wäre, wenn es gelänge, mit den Produkten der Kolonie der heimischen Landwirthschaft Konkurrenz zu machen. Man sollte das hier aufzuwendende Geld lieber zur Hebung unserer heimischen Landwirthschaft, so für landwirthschaftliche Schulen, verwenden. — Abg. Dr. Hammacher (nl.) bestreitet, daß die deutsche Landwirthschaft die Konkurrenz Süd-West-Afrikas zu fürchten habe, daß es gelinge, diese Kolonie zu einem Aufschwung zu bringen. Daß Süd-West-Afrika Körnerbau betreiben solle, habe doch noch Niemand behauptet. Wolle würden wir allerdings von dort beziehen, aber von daher würden wir es doch lieber thun, als beispielsweise aus Argentinien. Wenn wir gleich den Engländern in Betschuana Zölle einführten, würde Süd-West-Afrika sicher sehr bald in der Lage sein, seine Ausgaben durch eigene Einnahmen zu decken. Von der Swakop-Mündung nach Windhoek hat man nur in einer sehr schmalen Ausdehnung den Sandgürtel zu überschreiten. Es ist zu erwarten, daß die Regierung Alles thun werde, um der Bildung von Grund- und Boden-Monopol vorzubeugen. Die Einräumung so weit gehender Vortheile an die South-West-Company war nicht angebracht. Bedenklich besonders ist, daß die Company ein zehnjähriges Monopol auf Eisenbahnbauten erhalten hat, aber zum Bahnbau nicht verpflichtet ist, falls ihr nicht 4 Prozent Zinsen garantirt werden. — Abg. Hasse (nl.) bemängelt, daß Hendrik Witboy zum Staatspensionär Deutschlands gemacht worden sei. Nachdem man demselben seine Waffen gelassen, bestehe noch immer die Möglichkeit, daß er nochmals die Waffen gegen Deutschland ergreife. Direktor Kayser wendet der dortigen Schutztruppe lebhafte Anerkennung. Alle kompetenten Beurtheiler im Lande selbst, einschließlich der ortskundigen Händler, seien der Ansicht, daß Leutwein richtig gehandelt habe und daß seine Mäßigung gegenüber Witboy gute Früchte tragen werde. Die Waffen hätten Witboy selbstverständlich gelassen werden müssen, denn ohne Jagd gehe es dort nicht. Bis jetzt habe sich Witboy durchaus loyal benommen. — Abg. Bebel (Soz.) hält an seiner Auffassung von der Aussichtslosigkeit der Kolonie fest, wogegen Abg. Graf Arnim solche Prophezeiungen für viel zu schwarz erklärt. Gerade Süd-West-Afrika biete auch Raum für Auswanderer und an diesen fehle es in Deutschland angesichts der schlechten Lage unserer Landwirthschaft nicht. Der Etat für Süd-West-Afrika wird genehmigt. — Morgen Etat des Pensions- und des Invalidenfonds, der Reichseisenbahnen und des Reichsjustizamtes. Wahlprüfungen.

Berlin. In Friedrichsruh treffen bereits täglich Gratulationen ein, welche dem Massensturm am 1. April auszuweichen wollen. Gestern war Graf Lehndorff, der Generaladjutant Kaiser Wilhelm I., Gast des Fürsten Bismarck. Derselbe sieht den Anstrengungen der Gratulationskur zwar freudig, aber doch mit einer gewissen Sorge entgegen. So meinte er gestern scherzend, er möchte den Geburtstag theilen oder verlegen oder wenigstens ein Moratorium von einem Monat erbitten.

Berlin. Die „Berliner Korrespondenz" theilt mit: Der dem Bundesrathe zugegangene Börsengesetz-Entwurf beruht im Wesentlichen überall auf den Vorschlägen der Börsenenquete-Kommission. Die Nachricht, daß der Entwurf betreffs der Haftpflicht der Emittenten für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Prospektes über die Kommissionsvorschläge hinausgehe, ist nicht zutreffend. — Derselben Korrespondenz zufolge beruht die Blättermeldung, daß in der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums die Novelle zum Vereins- und Versammlungsrecht berathen worden sei, auf Erfindung.

Berlin. Von den in Lichterfelde nochmals geprüften Kadetten bestanden 36, ein hoher Prozentsatz, die Prüfung nicht.

Pfund's Berliner Molkerei (Schwitzer) Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79.
Trocken Füttern